

BGH-Leitsatz-Entscheidungen

Heute neu:

1. [EuGH-Vorlage: Irreführende Angaben einer gesetzlichen Krankenkasse zu Nachteilen des Mitglieds beim Wechsel als unlautere Geschäftspraktik?](#)
Beschluss 18.01.2012, I ZR 170/10
2. [Markenrecht: Die Bezeichnung "Institut der Norddeutschen Wirtschaft e.V." ist freihaltebedürftig](#)
Beschluss 17.08.2011, I ZB 70/10
3. [Kostenrecht: Im Spruchverfahren können die außergerichtlichen Kosten des Antragsgegners \(§ 5 SpruchG\) nicht dem Antragsteller auferlegt werden](#)
Beschluss 13.12.2011, II ZB 12/11
4. [Prozessrecht: Internationale Zuständigkeit des Gerichts am Ort des Krankenhauses für Vergütungsansprüche des Krankenhauses](#)
Versaumnisurteil 08.12.2011, III ZR 114/11
5. [Erbrecht: § 2348 BGB regelt lediglich die Formbedürftigkeit des Erbverzichts als abstraktes erbrechtliches Verfügungsgeschäft](#)
Urteil 07.12.2011, IV ZR 16/11
6. [ZVG: Die Begleichung rückständiger Hausgelder oder rückständiger Sonderumlagen gehört nicht zum Pflichtenkreis des Zwangsverwalters](#)
Urteil 09.12.2011, V ZR 131/11
7. [Prozessrecht: Voraussetzungen für das Herausschieben des Endes einer Rechtsmittelfrist wegen eines allgemeinen Feiertags](#)
Beschluss 10.01.2012, VI ZA 27/11
8. [Haftungsrecht: Zur Abgrenzung bedingten Vorsatzes von Fahrlässigkeit](#)
Urteil 20.12.2011, VI ZR 309/10
9. [Unfallschadensregulierung: Voraussetzungen für die Erstattungspflicht des Haftpflichtversicherers für Kosten der Einholung einer Deckungszusage](#)
Urteil 13.12.2011, VI ZR 274/10
10. [InsO: Nach drohender Zahlungsunfähigkeit geleistete Prämienzahlung für Direktversicherung des Geschäftsführers, auf die vertraglicher Anspruch besteht, kann angefochten werden](#)
Urteil 12.01.2012, IX ZR 95/11
11. [Gebrauchsmuster: Anregungen eines Fachmanns zur Weiterentwicklung bekannter Lösungen müssen im Einzelfall betrachtet werden](#)
Beschluss 20.12.2011, X ZB 6/10
12. [Körperschaft des öffentlichen Rechts: Pflicht zur Auskunft über wirtschaftliche Verhältnisse für Trinkwasserlieferanten](#)
Beschluss 18.10.2011, KVR 9/11

Urteile und Beschlüsse:

1. EuGH-Vorlage: Irreführende Angaben einer gesetzlichen Krankenkasse zu Nachteilen des Mitglieds beim Wechsel als unlautere Geschäftspraktik?

Beschluss 18.01.2012, I ZR 170/10

Dem Gerichtshof der Europäischen Union wird zur Auslegung der Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2005 über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern und zur Änderung der Richtlinie 84/450/EWG des Rates, der Richtlinien 97/7/EG und 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. EG Nr. L 149 vom 11. Juni 2005, S. 22) folgende Frage zur Vorabentscheidung vorgelegt:

Ist Art. 3 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 2 Buchst. d der Richtlinie 2005/29/EG über unlautere Geschäftspraktiken dahin auszulegen, dass eine sich als Geschäftspraxis eines Unternehmens gegenüber Verbrauchern darstellende Handlung eines Gewerbetreibenden auch darin liegen kann, dass eine gesetzliche Krankenkasse gegenüber ihren Mitgliedern (irreführende) Angaben darüber macht, welche Nachteile den Mitgliedern im Falle eines Wechsels zu einer anderen gesetzlichen Krankenkasse entstehen?

2. Markenrecht: Die Bezeichnung "Institut der Norddeutschen Wirtschaft e.V." ist freihaltebedürftig

Beschluss 17.08.2011, I ZB 70/10

MarkenG § 8 Abs. 2 Nr. 2

a) Für das Vorliegen des Schutzhindernisses nach § 8 Abs. 2 Nr. 2 MarkenG kommt es nicht darauf an, ob der Anmelder bereits über ein Namens oder Kennzeichenrecht verfügt, mit dem er Dritte von der Verwendung einer der Marke entsprechenden Angabe im Zusammenhang mit den beanspruchten Waren und Dienstleistungen ausschließen kann.

b) Die Bezeichnung "Institut der Norddeutschen Wirtschaft e.V." ist unter anderem für die Waren und Dienstleistungen "Druckereierzeugnisse, betriebswirtschaftliche Beratung, Marketing und finanzielle Beratung" freihaltebedürftig.

3. Kostenrecht: Im Spruchverfahren können die außergerichtlichen Kosten des Antragsgegners (§ 5 SpruchG) nicht dem Antragsteller auferlegt werden

Beschluss 13.12.2011, II ZB 12/11

SpruchG § 15

Im Spruchverfahren können die außergerichtlichen Kosten des Antragsgegners (§ 5 SpruchG) nicht dem Antragsteller auferlegt werden.

4. Prozessrecht: Internationale Zuständigkeit des Gerichts am Ort des Krankenhauses für Vergütungsansprüche des Krankenhauses

Versaemnisurteil 08.12.2011, III ZR 114/11

ZPO § 29, BGB § 269 Abs. 1, Brüssel I-VO Art. 5 Nr. 1 Buchst. b

Bei einem Krankenhausaufnahmevertrag ergibt sich aus der Natur des Schuldverhältnisses im Sinne des § 269 Abs. 1 BGB ein einheitlicher Leistungsort am Ort des Krankenhauses, der auch den Vergütungsanspruch des Krankenhauses umfasst. Deshalb ist das Gericht am Ort des Krankenhauses auch außerhalb des Anwendungsbereichs von Art. 5 Nr. 1 Buchst. b der Verordnung (EG) Nr. 44/2001 (Brüssel I-VO) für Vergütungsansprüche des Krankenhauses international zuständig.

5. Erbrecht: § 2348 BGB regelt lediglich die Formbedürftigkeit des Erbverzichts als abstraktes erbrechtliches Verfügungsgeschäft

Urteil 07.12.2011, IV ZR 16/11

BGB § 2348

§ 2348 BGB regelt lediglich die Formbedürftigkeit des Erbverzichts als abstraktes erbrechtliches Verfügungsgeschäft. Eine entsprechende Anwendung auf dingliche Vollzugsgeschäfte, die mit einem Erbverzicht im Zusammenhang stehen, kommt nicht in Betracht.

6. ZVG: Die Begleichung rückständiger Hausgelder oder rückständiger Sonderumlagen gehört nicht zum Pflichtenkreis des Zwangsverwalters

Urteil 09.12.2011, V ZR 131/11

BGB § 212 Abs. 1 Nr. 1, ZVG § 152 Abs. 1, § 155 Abs. 1, § 156 Abs. 1 Satz 2

a) Zahlungen, die der Zwangsverwalter in Erfüllung der ihm durch § 152 Abs. 1 ZVG zugewiesenen Aufgaben an den Gläubiger leistet, muss der Schuldner mit der Wirkung des § 212 Abs. 1 Nr. 1 BGB gegen sich gelten lassen.

b) Die Begleichung rückständiger Hausgelder oder rückständiger Sonderumlagen gehört nicht zum Pflichtenkreis des Zwangsverwalters. Solche Zahlungen können dem Schuldner daher nicht als Anerkenntnis im Sinne des § 212 Abs.1 Nr. 1 BGB zugerechnet werden.

7. Prozessrecht: Voraussetzungen für das Herausschieben des Endes einer Rechtsmittelfrist wegen eines allgemeinen Feiertags

Beschluss 10.01.2012, VI ZA 27/11

ZPO § 114 Satz 1, § 544 Abs. 1

Das Ende einer Rechtsmittelfrist wird wegen eines allgemeinen Feiertages nur dann hinausgeschoben, wenn der betreffende Tag an dem Ort, wo das Rechtsmittel einzulegen ist, gesetzlicher Feiertag ist. Entsprechendes gilt für ein Prozesskostenhilfegesuch, das innerhalb der Frist einzulegen ist, die für das beabsichtigte Rechtsmittel vorgeschrieben ist.

8. Haftungsrecht: Zur Abgrenzung bedingten Vorsatzes von Fahrlässigkeit

Urteil 20.12.2011, VI ZR 309/10

BGB § 823 Be, § 826 C

Zur Abgrenzung bedingten Vorsatzes von Fahrlässigkeit.

9. Unfallschadensregulierung: Voraussetzungen für die Erstattungspflicht des Haftpflichtversicherers für Kosten der Einholung einer Deckungszusage

Urteil 13.12.2011, VI ZR 274/10

BGB §§ 280, 286, 249 Gb, RVG § 15

Befindet sich bei der Regulierung eines Verkehrsunfallschadens der Haftpflichtversicherer des Schädigers mit der Ersatzleistung in Verzug, sind Rechtsanwaltskosten, die der Geschädigte im Zusammenhang mit der Einholung einer Deckungszusage seines Rechtsschutzversicherers verursacht hat, nur zu erstatten, soweit sie aus der Sicht des Geschädigten zur Wahrnehmung seiner Rechte erforderlich und zweckmäßig waren.

10. InsO: Nach drohender Zahlungsunfähigkeit geleistete Prämienzahlung für Direktversicherung des Geschäftsführers, auf die vertraglicher Anspruch besteht, kann angefochten werden

Urteil 12.01.2012, IX ZR 95/11

InsO § 129 Abs. 1, § 133 Abs. 1

Entrichtet eine GmbH nach drohender Zahlungsunfähigkeit die Prämien für eine Direktversicherung ihres Geschäftsführers weiter, auf welche dieser nach seinem Anstellungsvertrag Anspruch hat, so benachteiligt dies im Regelfall trotz der als Gegenleistung erhaltenen Dienste die Gläubiger der Gesellschaft und kann bei entsprechendem Vorsatz gegenüber dem Geschäftsführer angefochten werden.

11. Gebrauchsmuster: Anregungen eines Fachmanns zur Weiterentwicklung bekannter Lösungen müssen im Einzelfall betrachtet werden

Beschluss 20.12.2011, X ZB 6/10

GebrMG § 1 Abs. 1, § 18 Abs. 4; PatG § 100, § 106, § 99 Abs. 1; ZPO § 91a Abs. 1 Satz 1

In welchem Umfang und mit welcher Konkretisierung der Fachmann Anregungen im Stand der Technik benötigt, um eine bekannte Lösung in bestimmter Weise weiterzuentwickeln ist eine Frage des Einzelfalls, deren Beantwortung eine Gesamtbetrachtung aller maßgeblichen Sachverhaltselemente erfordert. Dabei sind nicht etwa nur ausdrückliche Hinweise an den Fachmann beachtlich. Vielmehr können auch Eigenarten des in Rede stehenden technischen Fachgebiets, insbesondere betreffend die Ausbildung von Fachleuten, die übliche Vorgehensweise bei der Entwicklung von Neuerungen, technische Bedürfnisse, die sich aus der Konstruktion oder der Anwendung des in Rede stehenden Gegenstands ergeben und auch nicht-technische Vorgaben eine Rolle spielen.

12. Körperschaft des öffentlichen Rechts: Pflicht zur Auskunft über wirtschaftliche Verhältnisse für Trinkwasserlieferanten

Beschluss 18.10.2011, KVR 9/11

GWB § 59 Abs. 1

Eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, die Trinkwasser auf der Grundlage eines Anschluss- und Benutzungszwangs und einer Gebührensatzung liefert, ist im Sinne des § 59 Abs. 1 GWB Unternehmen und nach dieser Vorschrift zur Auskunft über ihre wirtschaftlichen Verhältnisse verpflichtet.